



KAIROS Europa Deutschland e.V.

RUNDBRIEF

für Mitglieder & FreundInnen

April 2009

Im Blickpunkt: Die „Unternehmerdenkschrift“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (Fortsetzung)

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kritik an der „Unternehmerdenkschrift“ der EKD, die durch das von Ulrich Duchrow und Franz Segbers herausgegebene Buch „Frieden mit dem Kapital? Wider die Anpassung der evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft“ ausgelöst wurde, zieht erfreulicher Weise immer breitere Kreise. Wohl aus diesem Grund bat die Kammer für Soziale Ordnung der EKD, aus deren Feder die Denkschrift stammt, einige der Autoren des vorgenannten Sammelbandes Ende März zu einem gemeinsamen Gespräch. Dieses verlief aber alles andere als konstruktiv, da es der Kammer an der Bereitschaft fehlte, sich sachlich und argumentativ auf die Kritik an der Denkschrift einzulassen. Vielmehr wurde den Kritikern abermals vorgehalten, die Denkschrift missverstanden oder gar nicht gelesen zu haben. Diese regelrechte Verweigerung einer fundierten Auseinandersetzung ist meines Erachtens nicht akzeptabel. Um das Thema denn auch weiterhin am Köcheln zu halten, dokumentieren wir im „Blickpunkt“ dieses Rundbriefes das bemerkenswerte Statement von Karl Georg Zinn, das dieser anlässlich des Gespräches mit der Kammer gehalten hat.

Zudem informieren wir über das Weltsozialforum 2009 in Belém, in das Kairos Europa sich im Rahmen der Delegation des Ökumenischen Rates der Kirchen mit mehreren Veranstaltungen aktiv eingebracht hat. Und mit den übrigen Beiträgen möchten wir Sie über unsere aktuellen Aktivitäten auf dem Laufenden halten.

Eine anregende Lektüre wünscht

Ihr

Martin Gück

INHALTSVERZEICHNIS

Im Blickpunkt: „EKD-Unternehmerdenkschrift“

▲ Statement von K. G. Zinn	2
▲ Buchbesprechung	7
Weltsozialforum 2009	
▲ Im WildenWesten der Globalisierung	10
▲ Aufruf zur globalen Krise	12
Aus der laufenden Arbeit	
▲ Neue Kairos-Broschüre	10
▲ Kairos-Fachkonsultation	13
Impressum	16

Statement anlässlich des Gesprächs mit der Kammer der EKD für Soziale Ordnung am 20. März 2009

Von Karl Georg Zinn

Die Unternehmerdenkschrift der EKD und die meisten, wenn nicht sogar alle der kritischen Stellungnahmen hierzu wurden zwar vor dem offenen Ausbruch der gegenwärtigen Wirtschaftskrise verfasst, aber es wäre weder dem Ernst unserer Thematik angemessen noch diene es unserem Erkenntnisinteresse, sich auf den status ex ante zu begeben und die Krise hier sozusagen zu ignorieren. Deshalb erlaube ich mir, gleich zu Anfang darauf hinzuweisen, dass die Krise, deren Systemcharakter inzwischen von niemandem mehr ernsthaft bestritten wird, die in der Denkschrift dominierende, enge mikroökonomische Perspektive auf fatale Weise als kontraproduktiv für die sozialetische Intention der Denkschrift und als ökonomisch irreführend bloß gelegt hat. Viele Passagen der Denkschrift lassen sich für vorstehende Feststellung als Belege anführen. An dieser Stelle ist Beschränkung geboten. Deshalb zitiere und kommentiere ich nur einige Passagen aus den Ziffern zu Kapitel 3 („Unternehmertum und Soziale Marktwirtschaft“): „... dieser Systemansatz (gemeint ist: „sowohl scharfer Wettbewerb als auch sozialer Ausgleich“) ... nimmt den Menschen in gewisser Weise so, wie er ist ... und vertraut auf die Triebkraft des Eigeninteresses und der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen. Wenn der Wettbewerb funktioniert, werden weder Konsumenten noch Arbeitnehmer ausgebeutet und es gibt keine Diskriminierung, da derjenige, der diskriminiert, einen Wettbewerbsnachteil erleidet.“ (Ziff. 44; S. 52)

Diese Formulierung impliziert sowohl die Vorstellung einer prästabilisierten Harmonie, dass nämlich quasi hinter dem Rücken der am Selbstinteresse orientierten Wirtschaftssubjekte sich ein gesellschaftliches Optimum herstellt. Oder mit Adam Smith's Metapher: das Wirken der „unsichtbaren Hand“. Wirtschaftsethisch entspricht dies dem Ansatz Karl Homanns, dass das System so konstruiert sein müsste, dass es sozusagen Anreize zum moralischen wirtschaftlichen Verhalten erzwingt. Leider hat nun die Geschichte der marktwirtschaftlichen Systeme

gezeigt, dass es sich um eine metaphysische Vorstellung handelt, die von der Wirklichkeit immer wieder widerlegt wurde. Die erstaunliche Zurückhaltung der Denkschrift gegenüber den realen Fehlentwicklungen der realisierten Marktwirtschaften der vergangenen drei Jahrzehnte und der gerade in Deutschland offenkundigen Verteilungsungerechtigkeit (mehr hierzu im Folgenden) korrespondiert mit der unkritischen Behauptung, in Deutschland spiele die Shareholder Value-Option keine oder allenfalls eine nachrangige Rolle (Ziff. 47, S. 55). Die Verhältnisse werden beschönigt und es werden Kooperation und Konsens nicht nur beschworen, sondern es wird deren durchgängiges Vorhandensein in den Unternehmen und zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern suggeriert. Als Belege werden u. a. die „Konzertierte Aktion“ und das „Bündnis für Arbeit“ angeführt. Doch beide sind eben gescheitert.

Ganz im Sinn der neoliberalistischen Strategie, die Gewerkschaften zu entmachten und damit die systembedingte Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit zulasten der arbeitenden Bevölkerung weiter zu steigern, wird mittels Erläuterung des Begriffs „Korporatismus“ ein negatives Bild der Beziehungen der Tarifparteien während der ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik gezeichnet. Wohlwollend befürwortet wird dann mit Verweis auf Globalisierung und verschärfte Konkurrenz, dass „... dieses überkommene Geflecht der Kooperation denn auch weitgehend aufgelöst (wurde) oder ... aufgrund politischer Entscheidungen bewusst überwunden worden (ist)“ (Ziff. 48, S. 56). Geradezu grotesk hört es sich dann an, wenn die Denkschrift unmittelbar im Anschluss an die Korporatismusschelte den Großbanken die Eloge macht: „Ausgangspunkt dafür (nämlich für das Ende des Korporatismus) war vor allem die neue Rolle der Großbanken als Folge der Veränderungen auf den Finanzmärkten, die eine größere Öffnung des deutschen Systems für das weltweit operierende Kapital erzwangen“. (Ziff. 48, S. 56) Die Denkschrift erschien im Sommer 2008, da war doch längst ersichtlich, was sich zusammenbraute, und dabei waren in der Tat die „Großbanken“ der „Ausgangspunkt“ für die nun ablaufende Katastrophe. Dem Loblied auf die Abschaffung der verächtlich gemachten „Selbstregulierungskraft des deutschen Korporatismus“ werden



nochmals einige Verbalinjurien für den Gescholtenen hinzugefügt: „Mängel und Fehler des alten Systems wie mangelnde Transparenz, ein Hang zur Kungelei, Anfälligkeit für Korruption...“ (ebenda). Schließlich wird dann die neoliberalistische Version der „Sozialen Marktwirtschaft“, die in der Denkschrift zwar diplomatisch oder auch verdruckst umschrieben wird, als neues Weltmodell gefeiert - ganz im alten Stil des „am deutschen Wesen soll die Welt genesen“. Ein Blick nach Norden, auf die skandinavischen Länder, insbesondere das Schwedische Modell, hätte den Autoren vielleicht eine gewisse Bescheidenheit lehren können. Denn die skandinavischen Gesellschaften sind weitaus besser durch die vergangenen Jahrzehnte gekommen. Sie haben nicht nur weitaus geringere Arbeitslosigkeit, geringere soziale Armut und keinen mit den deutschen Verhältnissen vergleichbaren Sozialabbau vollzogen, sondern auch ihre Wachstums- und Innovationsindikatoren sind im Mehrjahresdurchschnitt besser als die deutschen. Gleiches gilt für die Staatshaushalte; jüngst sogar Überschüsse statt Schulden.

Was hier anhand weniger Passagen kritisiert wurde, ist pars pro toto gemeint. Die Denkschrift verschleierte nicht nur den gravierenden Unterschied zwischen der originären Sozialen Marktwirtschaft und ihrer als „neu“ oder „weiter entwickelt“ bezeichnete Niedergangsversion der vergangenen Jahrzehnte, sondern plädiert ganz eindeutig für die seit etwa zwei Jahrzehnten in Deutschland leitend gewordene neoliberalistische Wirtschaftsauffassung, die nirgends relativiert oder gar klar kritisiert wird. Fast ausschließlich wird in der Denkschrift mikroökonomisch, eigentlich sogar nur betriebswirtschaftlich argumentiert. Damit werden die prinzipiellen Unterschiede zwischen betriebswirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Rationalität verdunkelt. Völlig unzulässig wird von der Mikro- auf die Makroebene geschlossen, was als mikroökonomischer Fehlschluss bekannt ist. Die jedem Nationalökonom eigentlich bekannten Gegensätze zwischen betriebswirtschaftlicher Gewinnorientierung bzw. einzelwirtschaftlicher Nutzenmaximierung (bezogen auf die privaten Haushalte) und gesamtwirtschaftlichen Stabilitätsanforderungen werden dadurch bagatellisiert, wenn nicht gar implizit bestritten. Lassen Sie mich die Gegensätze zwischen einzelwirtschaftlicher

Orientierung und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen an zwei Beispielen kurz erläutern: a) dem Sparverhalten und b) dem Zusammenhang zwischen Massen-, insbesondere Lohn- und Absatz der Unternehmen:

- a) Sparsamkeit ist für die Einzelwirtschaft, also Haushalte und Unternehmen, der Zukunftsvorsorge halber und aus anderen Gründen notwendig und sinnvoll; Sparsamkeit gilt ja auch als eine Art (Formal-)Tugend. Doch gesamtwirtschaftlich führt jeder gesparte Euro zu einem Nachfrageausfall, der irgendwie kompensiert werden muss. Am besten durch produktive Investitionen. Doch in reichen Volkswirtschaften wie der deutschen wird in der Regel weit mehr gespart, als durch produktive Inlandsinvestitionen absorbiert wird. Daraus ergibt sich dann eine gesamtwirtschaftliche Nachfragerückgang mit der Folge von Arbeitslosigkeit und Wachstumsrückgang. Keynes bezeichnete diesen Zusammenhang als „räuberische Ersparnis“ und verwies auf das so genannte „Sparparadoxon“ (= Überersparnis → Nachfragemangel → sinkendes Sozialprodukt und steigende Arbeitslosigkeit → Abnahme der Ersparnis).
- b) Löhne sind für das Unternehmen (Arbeits-)Kosten. Deshalb ist jedes Unternehmen an möglichst niedrigen Arbeitsentgelten interessiert. Doch Löhne sind eben auch die Grundlage der Nachfrage. Man braucht sich nur vorzustellen, was passierte, wenn es den Unternehmen gelänge, die Löhne auf Null zu senken. Es kommt also auf eine gesamtwirtschaftlich angemessene Lohnentwicklung an. Hierfür hat sich die produktivitätsorientierte Lohnpolitik als einigermaßen brauchbar erwiesen. Sie ist jedoch in Deutschland im Zuge der neoliberalistischen Politik diffamiert worden und konnte nicht mehr durchgesetzt werden. Deshalb die heute bestehende große binnenwirtschaftliche Nachfragerückgang in Deutschland.

Wie gerade erwähnt, ist die wirtschaftstheoretische Grundposition der Denkschrift im Wesentlichen an der neoliberalen Lehre orientiert. Eine verantwortungsvolle und kluge Vorgehensweise bei Problemdiagnosen fragt aber nach einer so genannten zweiten oder auch dritten Meinung. Dies sollte insbesondere bei wirtschaftspolitischen

Fragen geschehen, weil die Wirtschaftswissenschaft jene wissenschaftliche Disziplin mit der stärksten Ideologiefanfälligkeit ist. Wäre es nicht angemessen gewesen, bei Abfassung einer Denkschrift der EKD zum Unternehmertum, also zu einer zentralen Frage unseres Wirtschaftssystems, die kontroversen Auffassungen der Ökonomik zur Kenntnis zu nehmen und dann eine argumentative Begründung zu geben, weshalb eine bestimmte Position, nämlich die neoliberale, vorgezogen, andere verworfen wurden?

Dies ist offensichtlich bei der Abfassung der Denkschrift nicht geschehen, und aus meiner Sicht ist dies ein wesentlicher Grund für die ökonomischen Unzulänglichkeiten der vertretenen ökonomischen Position. Gerade Minderheitspositionen sollten - wenn ich das etwas pathetisch ausdrücken darf - für Protestanten in Erinnerung an den „Dissidenten“ Luther und sein berühmtes Wort „hier stehe ich, ich kann nicht anders“ von der EKD wenigstens angehört und auf ihre Triftigkeit hin gewogen werden. Die (vorschnelle oder aus Unkenntnis resultierende?) ideologische Fixierung auf die „herrschende Lehre“, nämlich den Neoliberalismus, spricht nicht für ein abgewogenes, souveränes Urteilen über die Erfordernisse einer geordneten und sozial gerechten Marktökonomie. Zumindest in der Rhetorik wirken etliche Passagen der Denkschrift subaltern gegenüber der herrschenden Wirtschaftslehre und erwecken den Eindruck einer gewissen Anbiederung an eine Klientel, die jene herrschende Lehre recht eigennützig propagierte. Ich versage mir Vermutungen, warum es bei der Abfassung der Denkschrift nach allem Anschein keine pluralistische Offenheit gegeben hat, aber darauf aufmerksam zu machen, scheint hier der Wahrheit halber geboten.

Die Denkschrift verwendet den ordnungstheoretischen Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ in bekenntnisthafter Intention. Der Begriff ist jedoch inzwischen zu einer beliebig verwendeten Allerweltsformel entleert worden, die von fast allen politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessengruppen für ihre jeweilige Programmatik benutzt wird. Selbst der Vorsitzende der FDP, also der Partei, die am vehementesten für die neoliberalistische Gesellschaftspolitik streitet, erklärt sich zum Sachwalter der „Sozialen Marktwirtschaft“. Es ist also völlig zutreffend,

wenn der international renommierte St. Galler Wirtschaftsethiker Peter Ulrich den heutigen Gebrauch des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ als Etikettenschwindel bezeichnet. Nicht dass hier unterstellt wird, die EKD-Denkschrift betreibe Etikettenschwindel, aber sie ist diesem aufgesessen. Daraus resultiert nicht nur die wirtschaftswissenschaftliche Unzulänglichkeit der Denkschrift, sondern sie übernimmt tendenziell die prokapitalistische Gesellschaftsethik, die im Neoliberalismus eingelassen ist. Anders gesagt: Die Denkschrift bagatellisiert die Verteilungsprobleme, die ökonomischen Machtdiskrepanzen und vor allem auch den endogenen Krisenmechanismus des sozial unregulierten kapitalistischen Marktes. Infolge der unkritischen Reproduktion der einseitig um die Gewinnerzielung zentrierten Wirtschaftslehre, des angelsächsischen Neoliberalismus, erfolgt in der Denkschrift die irreführende Gleichsetzung des neoliberalen Regimes mit der „Sozialen Marktwirtschaft“. Dies zeugt nicht nur von der Blindheit gegenüber den prinzipiellen historischen Unterschieden, nämlich den Unterschieden zwischen der sozialstaatlichen Entwicklung zwischen 1950 und den 1970er Jahren einerseits und andererseits dem Sozialstaatsabbau in der Zeit danach, sondern reproduziert den ideologischen Missbrauch des Begriffs Soziale Marktwirtschaft durch kapitalorientierte Interessengruppen und ihrer Propagandaagenturen - wie beispielsweise der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“.

Die „Soziale Marktwirtschaft“ wurde von Alfred Müller-Armack 1946 in einer ordnungstheoretischen Schrift erstmals konzipiert und fand dann 1949 Eingang in die Düsseldorfer Grundsätze der CDU. Wenn also in einer seriösen Denkschrift auf die Soziale Marktwirtschaft rekurriert wird, so sollte doch wohl das Original als Vorlage dienen. Doch das ist nicht der Fall. Vielmehr findet sich eine enge und deshalb verzerrende Bezugnahme auf die ordoliberale Freiburger Schule Walter Euckens. Es trifft zwar zu, dass Eucken wichtige Elemente dem Müller-Armackschen Konzept hinzugefügt hat bzw. bestimmte Aspekte deutlicher ausführte - dies gilt insbesondere für die Wettbewerbspolitik -, aber der Euckensche Wirtschaftsliberalismus unterscheidet sich bezüglich der wirtschaftspolitischen Rolle des Staates sehr deutlich von Müller-Armacks Vorstellungen zur Sozialen Marktwirtschaft. Und noch wichtiger



wäre gewesen, auf die klaren Unterschiede zwischen Euckens Ordoliberalismus und dem heutigen Neoliberalismus angelsächsischer Herkunft einzugehen. Dieser Aspekt wäre gerade im Interesse der Klein- und Mittelbetriebe außerordentlich wichtig gewesen. Denn in diesem Unternehmensbereich dominieren die „klassischen“ Eigentümerunternehmer. Sie haften bei Verlusten mit dem eigenen Vermögen. Deshalb disponieren sie vorsichtiger - man sollte durchaus sagen: verantwortungsvoller - als die „bestellten“ Manager der Großunternehmen. Die Vorstandsvorsitzenden der Konzerne und Banken verlieren bei offenkundigem Versagen allenfalls die Chance auf Verlängerung ihres Jobs, und bei vorzeitiger Vertragsauflösung gehen sie mit dem berückichtigten „goldenen Handschlag“. Es ist ein fundamentaler Mangel der Unternehmer-Denkschrift, diesen krassen Gegensatz zwischen Klein- und Mittel-Unternehmen (KMU) und Großunternehmen nicht deutlich herausgestellt und darauf eine Kritik an den marktbeherrschenden transnationalen Oligopolen basiert zu haben, wie es der Euckenschen Monopolkritik entsprochen hätte. Bekanntlich werden die KMU von ihren Großkunden unter extremen Druck gesetzt („Lopez-Effekt“), Preise zu senken und zusätzliche Vorleistungen (z. B. Entwicklungsaufgaben) zu übernehmen. Größenwahnhaft Entscheidungen von Führungskräften an der Unternehmensspitze finden sich vorwiegend in den transnationalen Konzernen und im Bankensektor - nicht in den KMU. Der Größenwahn „angestellter“ Manager trägt den Firmen bzw. den Eigentümern keineswegs selten Verluste in Milliarden-Euro-Höhe (BMW/Rover; Daimler/Chrysler) ein. Vergleichbare Fälle finden sich bei KMU nur ausnahmsweise, wenn - wie etwa im Fall Schaeffler/Conti - eine Eigenheimbesitzerin meint, sich einen Wolkenkratzer zulegen zu müssen.

Wie unsozial die deutsche Wirtschaftsordnung gemacht worden ist, die von ihren Repräsentanten immer noch als „Soziale Marktwirtschaft“ verklärt wird, zeigt eine inzwischen kaum mehr überschaubare Literatur zu dem Niedergang der Sozialstaatlichkeit in Deutschland und der eklatanten Verletzung der sozialetischen Normen der sozialen Gerechtigkeit. Genereller Anstieg der sozialen Armut, zunehmende Kinderarmut, Ausbildungs- und Bildungsdefizite einerseits und überschäumender Reichtum andererseits.

Lassen Sie mich zur Verdeutlichung der sozialen Gerechtigkeit nur einige wenige, neuere statistische Daten zur Vermögensverteilung in Deutschland anführen (DIW Wochenbericht, 4/2009, 21. Jan. 09), also zu einer für die Eigentumsverhältnisse besonders aussagekräftigen Kategorie: Das Nettogesamtvermögen betrug 2007 in Deutschland 6.6 Billionen EUR. An dieser Summe hatten 50 % aller Haushalte überhaupt keinen Anteil, d. h. die unteren fünf Dezile gingen sozusagen leer aus. Doch auch innerhalb der oberen Hälfte, d. h. jenen 50 % der Haushalte mit Vermögen, zeigt sich eine extreme Ungleichverteilung: Das reichste eine Prozent der Haushalte verfügt über 23 % des Vermögens; die obersten 5 % über 46 % und die reichsten 10 Prozent über 61.1 % des Nettovermögens. Anders formuliert: Auf die 90 % der deutschen Haushalte unterhalb des obersten Dezils entfielen 38.9 % des Nettovermögens. Am unteren Ende der Pyramide gab es nur Schulden; die ärmsten 10 Prozent waren in Höhe von 1.6 % bezogen auf das Nettogesamtvermögen von 6.6 Bio EUR verschuldet.

Vermögen vermehrt sich, wie bekannt, durch Zufluss leistungsloser Besitzeinkommen quasi automatisch. Deutschland gehört zu den ganz wenigen Staaten, in denen Vermögen nicht besteuert wird und wo auch die Erbschaften keiner besonders starken Besteuerung unterworfen sind. Die Vermögenskonzentration wurde und wird also (steuer)politisch begünstigt. Das ist doch eher als Verhöhnung der Idee einer sozialen Marktwirtschaft zu charakterisieren. Die wenigen, soeben genannten Daten geben einen symptomatischen Eindruck, wie „sozial“ sich die Soziale Marktwirtschaft von heute präsentiert.

Das Ausmaß der Krise ist eine Folge der so genannten „Befreiung“ der Marktkräfte, der Diffamierung der öffentlichen Für- und Vorsorge, d. h. der Herabsetzung der sozialstaatlichen Gemeinschaft, und der oftmals hysterisch voran getriebenen Renditekonkurrenz. Die Leidtragenden der Krise sind zwar wieder vornehmlich die Millionen arbeitenden Menschen mit Normal-einkommen, also die große Masse der Steuerzahler, aber betroffen ist auch der Mittelstand im umfassenden Sinn: Der Eigentümerunternehmer mit 500 Beschäftigten, dem der Absatz wegbricht; das Ingenieurbüro,

dem die Aufträge fehlen; der kleine selbständige Spediteur, der nichts mehr zu transportieren hat; die Zahnarztwitwe, die ihr Finanzvermögen verliert - also die soziale Schicht, mit deren Anliegen die Denkschrift primär befasst ist. Gerade diesen mittelständischen Unternehmern bzw. Selbständigen, die die große Mehrzahl der unternehmerisch Tätigen stellen, ist mit der verengten und einseitigen Ökonomik der Denkschrift ein Bärendienst erwiesen worden.

Die Dimension der heutigen Krise wird voraussichtlich die der 1930er Jahre übersteigen, allerdings befinden sich die reichen Länder auf einem weit höheren Produktivitäts- und Produktionsniveau, so dass sich die sozialen Krisenfolgen besser auffangen lassen. Für die Entstehung der Krise ist die neoliberalistische Wirtschaftstheorie, somit auch deren Vertreter (und sie bilden die Mehrheit der professionellen Ökonomen), in erheblichem Maße mit schuldig. Die Unternehmerdenkschrift der EKD folgt wirtschaftstheoretisch und wirtschaftspolitisch weitgehend, d. h. außer in kleinen verbalen Abweichungen, der neoliberalistischen Grundlinie. Damit ist die Denkschrift nicht nur ökonomisch betrachtet irrig, sondern verliert auch in der aktuellen Situation weitgehend den von ihr beanspruchten wirtschaftspolitischen Leitwert und die beanspruchte sozialetische Ermahnungsfunktion.

Insgesamt zeichnet die Denkschrift ein historisch beschönigtes, somit falsches Bild des gegenwärtigen Kapitalismus. Der Anachronismus zeigt sich auch an der von der Denkschrift heraus gestellten Leitfigur eines „ehrbaren Kaufmanns“. Was immer darunter verstanden werden mag, so handelt es sich um einen Typus, der unter ganz anderen historischen Bedingungen entstanden war und einstmals vielleicht auch eine gewisse Realitätsstärke aufwies. Der ehrbare Kaufmann suggeriert eine ökonomische Idylle, die es im modernen Kapitalismus allenfalls in Nischen gegeben hat. Die betuliche Beschwörung des ehrbaren Kaufmanns steht vor dem Hintergrund der ökonomischen und sozialen Verwerfungen der Finanzkrise und ihrer semikriminellen Akteure in einer grotesken Disproportion zur Realität.

Das wäre als eine Art satirischer Missgriff belanglos, würde damit nicht anti-aufklärerischer Realitätsverdrängung Vorschub geleistet.

Abschließend noch eine Bemerkung zur weiteren Entwicklung und dem moralischen Umgang mit der Krise. Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Große Krise weit länger und erschütternder verlaufen wird, als die Regierenden und ihre Wirtschaftsberater momentan noch wahrhaben und eingestehen wollen. Aber gerade das Ausmaß der Krise wird womöglich eine Neuorientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erzwingen und zur Besinnung auf die immateriellen Glücksmöglichkeiten führen. Der anachronistische Wachstumsfetischismus, die Gier nach dem Mehr und die läppische Illusion, im Konsum Selbstverwirklichung zu finden, könnten als das erkannt werden, was sie in Wahrheit sind: gewinnwirtschaftlich erzeugte Ablenkungen von der humanen Lebensweise des Vernunftwesens Mensch. Die Irreführung durch den ideologischen Oktroy eines sozialfeindlichen Systems ist weder Schicksal des Menschen noch gar irgendeiner metaphysischen Bestimmung geschuldet, sondern Menschenwerk. Das moralische Potenzial der Krise spielt in der aktuellen Diskussion überhaupt - noch - keine Rolle, und deshalb könnte die Möglichkeit der moralischen Besinnung ungenutzt verstreichen. Auf die Frage, wer sollte sich jener moralischen Dimension der Krise annehmen, welche Institutionen sind prädestiniert für die Botschaft des Überwindens, sollte - und wird Ihnen - die Antwort nicht schwer fallen. Ich denke, dass die christlichen Kirchen die Krise als eine Art Aufforderung begreifen können/müssten, um über den Status quo hinaus zu weisen - moralisch hinaus zu weisen. Denn sie sind mehr als die meisten anderen Institutionen dazu prädestiniert, den Menschen verständlich und nachvollziehbar zu machen, dass sich in einem so reichen Land wie dem unseren die Lebenserfüllung nicht mehr an den materiellen Konsumstandard klammern kann und sollte.

Dr. Karl Georg Zinn ist emeritierter Professor der Volkswirtschaftslehre der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und einer der Mitautoren des Buches „Frieden mit dem Kapital?“.

BUCHBESPRECHUNG

ULRICH DUCHROW, FRANZ SEGBERS (HG.)

Frieden mit dem Kapital? Wider die Anpassung der evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft

Publik-Forum-Verlag, Oberursel 2008



Von Christoph Rinneberg

Die „Beiträge zur Kritik der Unternehmer-Denkschrift der EKD (Juli 2008)“ hätten wohl kaum zu einer „besseren“ Zeit herausgegeben werden können: Mitten in der - als Finanzkrise medial kommunizierten - Krise des unser Wirtschaftssystem beherrschenden Kapitalismus, rechtzeitig zur Tagung des höchsten Parlaments der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Bremen (02.-05.11.08).

Ulrich Duchrow und Franz Segbers ist es gelungen, unter sehr knappen Zeitvorgaben ein Dutzend qualifizierter Beiträge ganz unterschiedlicher, in der Öffentlichkeit bekannter Fachleute zu erhalten und in diesem Buch - nach ihren Tätigkeitsfeldern und Perspektiven geordnet - einer Leserschaft zur kritischen Auseinandersetzung anzubieten. Beides, die Leserschaft und die kritische Auseinandersetzung

werden nicht auf den Raum der Kirche(n) beschränkt bleiben: Tua res agitur - unser aller Sache wird durch das herrschende Wirtschaftssystem besonders stark bestimmt, weil es in nie dagewesener Weise in faktisch alle Bereiche unseres Lebens eingedrungen ist.

Im Grunde ist das Buch ein einziger Appell an die intellektuelle Redlichkeit, also an die Redlichkeit dessen, was dem Intellekt, also der Einsichtsfähigkeit - sowohl der Autorenschaft als auch der durch die Denkschrift angesprochenen Leserschaft - nach dem heutigen Stand an Wissen und Erfahrung zugänglich ist - und an den Mut, die jeweiligen Perspektiven der Betrachtung mit kenntlich zu machen. Letzteres wird bei so einer, „mit einer Stimme sprechen“ Denkschrift nur eingeschränkt möglich sein, dürfte aber auch nicht so unmöglich sein, wie die Denkschrift vorgibt. In dieser Hinsicht ist das Buch geradezu vorbildlich, weist es doch in seiner Gliederung unübersehbar eben diese Perspektiven der Betrachtung aus:

Sehr praxisnah ist dieses Memorandum zu einem einseitigen Aufruf - zuerst in Publik-Forum Nr. 20/2008 publiziert - „kondensiert“ worden, der in Verbindung mit der Unterzeichnung gewiss dazu beitragen wird, dem Buch die gebührende Aufmerksamkeit und seinem Anliegen die nötige gesellschaftliche Legitimität zu verschaffen. Dass über den Weg des Protests natürlich auch die EKD-Denkschrift trotz ihrer vornehmen - vornehm den Leserinnen und Lesern wichtige Analysen vorenthaltenden - Sprache und Gestaltung nicht nur auf den oberen Etagen der Kirche(n) zur Kenntnis genommen wird sondern auch in den Gemeinden „ankommt“, kann nur gewünscht werden. (www.ekd.de/download/ekd_unternehmer.pdf)

Das Buch „Frieden mit dem Kapital?“ wendet sich - freilich veranlasst durch die zugrundeliegende Denkschrift - gemäß Untertitel und Adressierung von Memorandum und Aufruf in erster Linie an Christinnen und Christen, an (christliche) Gemeinden und Kirchen. Natürlich sind sie von dem betroffen, was in der Denkschrift behandelt wird und in dem Buch mit eindrücklichen Fragezeichen versehen wird. Dies darf jedoch nicht im Widerspruch zu der o.g. Einschätzung gesehen werden, dass es weit

über den kirchlichen Raum hinaus eine interessierte Leserschaft geben wird. Denn das so treffend betitelte Buch - die treffsichere Vorlage liefert ausgerechnet die „Wirtschaftswoche“, die der Denkschrift die Titelzeile „Frieden mit dem Kapital“ bescherte - behandelt in der Tat die fast uralte Frage des Klassengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital. Dieser alte Streit wird sowohl aus historischer, biblischer Sicht als auch aus den Einsichten heraus, die von den einschlägigen Wissenschaften geboten werden, in diesem Buch heute uns allen plastisch vor Augen geführt, gleichermaßen unfreiwillig und eindeutig unterstützt durch die herrschende Krise des neoliberal dominierten Wirtschaftssystems.

In der Tat ist es das System, das aufs kritischste unter die Lupe genommen werden muss, wie es die Autoren des Buches getan haben. Sie weisen darauf hin, dass wohlfeil und zunächst vielleicht auch einleuchtend angenommen wird, ein System könne nur so gut sein wie die Menschen, die es bedienen. Und sie weisen die Irreführung dieser - die Tatsachen verkennenden - Ideologie nach: Das System belohnt die, die sich eher an die Maxime der Profitsteigerung als den Rest der noch geltenden Regeln halten. Und es bestraft diejenigen, die sich versuchen, als „ehrbare Kaufleute“ über Wasser zu halten. Das jüngste Beispiel hierfür lieferte ausgerechnet der Manager mit einem der höchsten, für höchst unanständig haltbaren Gehälter in unserm Lande, der Chef der Deutschen Bank.

1. Zu den Erfahrungen in West und Ost unseres Landes äußern (aus der Pfarrerschaft) Silke Niemeyer und Propst a.D. Heino Falcke die Sicht der hier bei uns betroffenen Menschen.
2. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergreift der ehemalige Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche, das Wort und entlarvt die „gottgewollte Ordnung von Markt und Wettbewerb“.
3. Wirtschaftswissenschaftlich und sozial-ethisch nehmen Prof. em. Karl Georg Zinn, Prof. em. Siegfried Katterle, Arne Manzeschke (Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bayreuth), Prof. Franz Segbers (Universität Marburg) und der Publizist Christian Felber Stellung.

4. Biblisch und theologisch bieten Ton Veerkamp, Prof. em. Frank Crüsemann, Kuno Füssel und Prof. em. Ulrich Duchrow geradezu Musterexemplare zur sozialkritischen Auslegung beider Testamente und zur Übertragung in unsere heutige Zeit.

Meine eigene Perspektive ist die eines kirchlich und zivilgesellschaftlich engagierten Menschen, dem nach erfüllter Berufstätigkeit - zuletzt an der Fachhochschule Wiesbaden - ein gehöriges Maß an Skepsis gegenüber institutionellen Eigenwilligkeiten und individuellen Interessen geblieben ist. Augen und Ohren sind damit auch für die Genese sowohl dieses Buches als auch der in ihm behandelten Denkschrift offen.

Dem eigentlichen Buchtext vorgeschaltet ist ein 19-seitiges Memorandum, das als Konsequenzen ziehende Zusammenfassung des Buches angesehen werden kann. Dieses Memorandum wendet sich an „Christinnen und Christen, Gemeinden und Kirchen, der Unternehmerdenkschrift der EKD biblisch-theologisch und wirtschaftswissenschaftlich zu widersprechen“. Denn sie

- a. beschönigt zynisch die insbesondere für die Verliererinnen und Verlierer - weltweit und in unserm Lande - bittere sozio-ökonomische Realität, entgegen der behaupteten Option für die Armen,
- b. irritiert die Leserschaft durch die Verwendung des längst seines einst gut beleumundeten Inhalts beraubten Begriffs der „Sozialen Marktwirtschaft“, den interessierte Kreise längst umgedeutet haben,
- c. distanziert sich wortlos - ganz dem neoliberalen Mainstream folgend - von ihrem in früheren Erklärungen bekräftigten Votum für eine Einbettung der Wirtschaftspolitik in die Gesellschaftspolitik und
- d. versagt der weltweiten Ökumene - Ökumenischer Rat der Kirchen, Reformierter Weltbund, Lutherischer Weltbund - die gebotene Solidarität und gefährdet so die bisher errungene Einheit.

Zu dem seitens der Regierung - zur Rettung „systemrelevanter“ Banken - zur Verfügung gestellten Paket von sage und schreibe rund 500 Milliarden EUR ließ der „Klassenprimus“



der Banker verlauten, er würde sich schämen, davon etwas anzunehmen. Doch diese ehrlich oder unaufrichtig vorgetragene, honorig klingende Haltung wurde sofort von Seinesgleichen, nämlich Managern anderer Banken abgestraft, weil er damit die Nutznießung einer Zwieltichtigkeit, wenn nicht gar Schlimmerem überführte. Dem Anliegen der Autoren kann dieses Exempel für das fast alles bestimmende - und daher endlich mindestens mit wirksamen Bestimmungen zu begrenzende - System nur recht sein.

Wie es - wohl besonders in der Evangelischen Kirche - nicht anders sein kann, ist in der nächsten Zeit nicht nur mit weiteren Reaktionen auf die Denkschrift sondern auch mit Antworten auf die kritischen Stellungnahmen zu rechnen. So äußert sich bereits Prof. Heinrich Bedford-Strohm, Mitglied der EKD-Kammer, in der die jüngste Denkschrift entstanden ist. Er wirft den Autoren des Buchs „Frieden mit dem Kapital?“ einerseits vor, ein Zerrbild aus der Denkschrift hervor gezerrt zu haben, andererseits weiß er sich in ausgesprochen vielen Aussagen und Positionen einig mit den Autoren. Seine „fünf Klarstellungen“ zur Denkschrift betreffen

- vor allem die Ethik unternehmerischen Handelns,
- das alte Verständnis der sozialen Marktwirtschaft,
- das Plädoyer für gut regulierte Kapitalmärkte,
- die Unternehmer als ethische Subjekte und
- den Charakter des „stellvertretenden Konsenses“.

Seine - zum längst in Redlichkeit fälligen Dialog einladenden - Hinweise können mit dazu beitragen, „Frieden mit dem Kapital?“ mit einem noch höheren Maß an Interesse und Aufmerksamkeit zu lesen: „Drum prüfet die Geister“. Mit diesem weisen, biblischen Ratschlag ausgestattet, könnten auch die Autoren der Denkschrift sich eingeladen fühlen zu prüfen, ob nicht ihre Individualisierung des offenkundigen systemischen Versagens Missverständnisse hervorrufen muss - bis zur Vernebelung der Tatsache, dass sie mit großem Bedacht das System als Ganzes entweder nicht zur Sprache oder viel zu gut wegkommen lassen. Es ist schließlich bekannt, dass der

Geschäftsführer des Bundes der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) der Wortführer beim Erstellen der Denkschrift gewesen ist.

Christoph Rinneberg ist Kairos Europa-Mitglied, arbeitet bei der Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF) mit und vertritt den Dietrich Bonhoeffer-Verein im Leitungsteam der Initiative Kirche von unten (Ikvu).

WELTSOZIALFORUM 2009 in Belém

Weltsozialforum im Wilden Westen der Globalisierung

Von Jürgen Reichel

Keine Krise des Weltsozialforums...

Die „Krise des Weltsozialforums“ war ausgerufen worden. Mag sein, dass diejenigen sich in der Krise befinden, die sich ein anderes Weltsozialforum wünschen: eines, das ein Communiqué verabschiedet, eine intellektuell brillante Präsidentin oder einen eloquenten Pressesprecher vorweisen kann und, am besten, ein überzeugendes 10-Punkte-Programm zur Behebung der weltweiten Krisen vorlegt. So oder ähnlich wünschen sich manche das Weltsozialforum: an der Spitze einer weltweiten Bewegung. An Versuchen hat es nicht gefehlt, die bisherigen Foren - 2001 bis 2003 und 2005 in Porto Alegre, 2004 in Mumbai, 2006 die dezentralen Foren in Karachi, Bamako und Caracas und 2007 in Nairobi - zu Fackelträgern einer neuen Internationale zu machen. Wer genauer hinsah, konnte dabei immer einige europäische NRO-Strategen und die eine oder andere lateinamerikanische Regierung am Werk sehen.

... sondern ein Treffen der Vielfalt von Bewegungen und Organisationen

Die Weltsozialforen haben allen diesen Versuchen widerstanden, und das hat das 8. Weltsozialforum im amazonischen Belém zu einem Ort basisdemokratischer Vielfalt gemacht. Noch nie war das Bild so bunt: Über 3.000 Indigene hatten sich aus allen Ländern des Amazonasbeckens auf den Weg gemacht und stellten ihre Strategien zum Schutz ihrer Kulturen vor. Sie trafen auf Umweltschützer, die Flussumleitungen oder Staudambbauten zu verhindern wissen. „Die Welt der Arbeit“ diskutierten Zehntausende von GewerkschaftsvertreterInnen. Kleinbauern und FlussfischerInnen traten mit Nachdruck für ihre angepasste und nachhaltige Nutzung der Böden und Gewässer ein. Menschenrechtsorganisationen forderten ein Ende der Straflosigkeit für Polizeikräfte, die jedes Jahr das Leben von tausenden von SlumbewohnerInnen auf dem Gewissen haben. Katholische und evangelische Gemeinden berichteten über ihre Kämpfe für menschen-

würdiges Leben und forderten in Anlehnung an das Neue Testament PolitikerInnen, die wirkliche „Hirten“ für das Volk sind.

Über 100.000 Menschen sind nach Belém gekommen - aus allen Ecken des Amazonasbeckens und des restlichen Südamerikas, weniger als sonst aus Nordamerika und Westeuropa, nur eine Handvoll aus Asien, Afrika oder dem östlichen Europa. Zu 2.400 Workshops, Seminaren, Kundgebungen fanden sie auf dem Gelände der beiden gastgebenden Universitäten, der Landwirtschaftsuniversität und der des Staates Pará zusammen - allesamt selbst organisiert. Die Vorstellung, die Organisatoren des Forums müssten „wichtige“ zentrale Veranstaltungen planen, ist längst aufgegeben worden: Die BesucherInnen des Forums stimmen mit ihrer Präsenz dafür ab, was „wichtig“ ist. Und das sind in den seltensten Fällen die Podien europäischer Nichtregierungsorganisationen.

Die Zivilisationskrise manifestiert sich nirgends besser als im „Wilden Westen der Globalisierung“ – dem Amazonas

Das Ergebnis der Vielfalt: Wir befinden uns in einer Zivilisationskrise - gewaltiger und tiefgründiger als diejenigen, die zu den ersten Weltsozialforen aufgerufen hatten, sich vorgestellt hatten. Ging es nach 2000 zunächst um scheinbar übermächtige internationale Organisationen - Welthandelsorganisation, Weltbank und Internationaler Währungsfonds - und deren Aushebelung von Interessen der Entwicklungsländer, sind diese ehemaligen Giganten auf die Größe von Scheinriesen, die wir in Michael Endes „Jim Knopf“ kennengelernt haben, geschrumpft: Je näher man ihnen kommt, als desto furchtsamer erweisen sie sich. Die Saat





der Globalisierung ist aber aufgegangen: Die Kultur der hemmungslosen Bereicherung ist Leitvorstellung der Wirtschaft geworden - mit allen Folgen in der ersten, zweiten oder „Dritten“ Welt: Rohstoffe werden vollends geplündert, nachhaltige und selbstgenügsame Lebensformen zerstört, Gewinne und Einkommen maximiert, alles, was nicht niet- und nagelfest ist, zur Ware deklariert. Deshalb war es richtig, das Weltsozialforum 2009 nach Belém zu vergeben: Es traf sich im „Wilden Westen“ der Globalisierung. Fast hemmungslos werden Rohstofferschließungen vorangetrieben, Straßen kreuz und quer angelegt, Staudämme geplant, großflächige Landwirtschaft mit „cash crops“ - Soja, Baumwolle für den Export - erschlossen. Menschen und Natur bleiben auf der Strecke. Hunderte von Menschen sind in den letzten Jahren allein im Großraum Belém von der Polizei bei Landkonflikten erschossen worden, erzählt uns die Menschenrechtsbeauftragte der Stadt Belém, die lutherische Pfarrerin Cibeles Kuss; kaum jemals gelingt es, einen Fall zur Verhandlung zu bringen, auch wenn die Schuldigen namentlich bekannt sind, in keinem einzigen Fall hat es in den letzten Jahren eine Verurteilung gegeben. Wenn sich auch Menschen einschüchtern und kontrollieren lassen - die Natur

zeigt den Menschen ihre Grenzen. Auch im Amazonasgebiet sind die Klimaveränderungen spürbar - die Regenzeiten verschieben sich, fallen in großen Regionen ganz aus; letztes Jahr wüteten deshalb Waldbrände unbekannten Ausmaßes im Amazonasbecken. Der Müll wird zu einem Problem, obwohl die Region noch immer dünn besiedelt ist: Der Strom schwemmt Berge von Abfall an; in den Mangroven der Inseln im Mündungsgebiet bleibt er hängen und trifft auf den Müll, der aus dem Atlantischen Ozean angeschwemmt wird.

Politiker reden sich unter dem Druck, Wirtschaftswachstum vorweisen zu können, die Welt schön...

„Unsere Ressourcen sind unerschöpflich“ behauptet der brasilianische Präsident Da Silva hingegen. Ein krasser und tragischer Fall von Globalisierungsinfektion. Brasilien will zur „Weltspitze“ aufschließen - in den Kreis einer erweiterten G8 aufgenommen werden, einen Platz im UN-Sicherheitsrat erhalten. Lula hat schnell begriffen, wie das geht: Ausbeutung der Rohstoffe, forcierter Export, Entwicklung der Landwirtschaft mithilfe von Gentechnologie. Was für ein tragisches Missverständnis: Er sieht sich als einer der geistigen Väter des Weltsozialforums, sucht den Schulterschluss mit dem

Internationalen Rat des Forums, lädt seine Kollegen Lugo (Paraguay), Correa (Ecuador), Morales (Brasilien) und Chávez (Venezuela) nach Belém ein, setzt sich dafür ein, dass die Infrastruktur der Stadt Belém so verbessert wird, dass sie das Forum beherbergen kann, lädt für 2010 ein weiteres Mal nach Brasilien ein - und wird dessen nicht gewahr, dass er die Seiten gewechselt hat.

„Wie gedenken Sie, Herr Präsident,“ fragt eine afrikanische Kollegin im Internationalen Rat des WSF ihn anlässlich eines langen und offenen Meinungsaustausches, „die Solidarität der Entwicklungsländer aufrecht zu erhalten?“ Lula führt aus, dass er das mit seiner Art der Entwicklungshilfe zu tun gedenkt: Beratung der Wirtschaft und ganz besonders der Landwirtschaft, um die afrikanischen Länder nach dem Beispiel Brasiliens voranzubringen: Agroindustrie, ganz besonders mithilfe gentechnologisch veränderter Sorten.

... deshalb muss das Weltsozialforum unabhängig bleiben

Ein Glück, dass das WSF keine Koalition mit politischen Größen und Strömungen irgendwelcher Art eingegangen ist, ein Segen, dass die Akteure der Zivilgesellschaft sich ständig neu ihre Meinung darüber bilden müssen, was jetzt gefordert ist. Wer sich nicht nur mit seiner Gruppierung und deren speziellen Anliegen bei diesem Weltsozialforum aufgehalten hat, wer also den „open space“ WSF genutzt hat, um zuzuhören und Eindrücke zu sammeln, der musste 2009 in Belém zur Schlussfolgerung kommen: Wir haben es mit einer gewaltigen Zivilisationskrise zu tun. Es gibt kein „Weiter so.“ Die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise, Nahrungsmittelverknappungen, Klimaveränderungen, der Rückgang der Artenvielfalt, das Ende des Ölzeitalters - all das hängt zusammen, ist Konsequenz einer verfehlten Wirtschafts- und Lebensweise, die aber momentan die einzig durchgängig prägende auf dem ganzen Planeten ist und deren Attraktion in den noch weniger „entwickelten“ Ländern gestiegen ist. Ganz anders zu denken, sich die Welt radikal anders als nach dem Muster europäischer „entwickelter“ Gesellschaften vorzustellen - das war bei diesem WSF gefragt.

Die Schluss-Assambleias (-Versammlungen) des letzten Tages haben die Richtung gewiesen: tausende versammelten sich jeweils zu von den Teilnehmenden selbst vorgeschlagenen Querschnittsthemen, 25 an der Zahl: Indigene Völker, Wasser, Klimagerechtigkeit oder Finanzkrise. „Wir müssen auf eine Gesellschaft hinarbeiten, die sozialen Bedürfnissen Rechnung trägt“, fordert die Erklärung der sozialen Bewegungen, „und die Rechte der Natur achtet sowie die demokratische Teilhabe im Zusammenhang mit voller politischer Freiheit unterstützt. Wir müssen dafür sorgen, dass alle internationalen Verträge über unsere unteilbaren bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen individuellen und kollektiven Rechte umgesetzt werden.“ Ein „Leben, das im Einklang mit sich selbst, den anderen und der Umwelt steht“ ist die Leitvorstellung derer, die in Belém entschlossen - und voller Lebensfreude - daran festgehalten haben: „Eine andere Welt ist möglich.“

Pfarrer Jürgen Reichel leitet das Referat Entwicklungspolitischer Dialog beim Evangelischen Entwicklungsdienst e.V. (EED) in Bonn. Seit 2002 ist er Mitglied des Internationalen Rates des WSF.



Aufruf von Belém zur weltweiten Krise

Für ein neues wirtschaftliches und soziales System:

Die Finanzwelt muss an ihren Platz zurückgesetzt werden!

ZU UNTERZEICHNENDER APPELL AN VEREINE, GEWERKSCHAFTEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

BELEM, DEN 1. FEBRUAR 2009

Die Finanzkrise ist eine Systemkrise in einem Kontext vieler anderer globaler Krisen (Klima, Nahrung, Energie, Soziales) und eines neuen Gleichgewichts der Mächte. Sie ist das Ergebnis von dreißig Jahren Umverteilung des Arbeitseinkommens hin zum Kapital. Diese Tendenz muss umgekehrt werden. Die Krise ist auch die Konsequenz eines kapitalistischen, auf dem Laissez-faire beruhenden Produktionssystems, das von der Anhäufung kurzfristiger Profite einer Minderheit lebt, von internationalen finanziellen Ungleichgewichten, einer ungleichen Verteilung der Reichtümer, einem ungerechten kommerziellen System, von der Anhäufung unverantwortlicher, ökologischer und illegitimer Schulden, vom Plündern der natürlichen Ressourcen und von der Privatisierung der öffentlichen Dienste. Von dieser Krise ist die Menschheit als Ganzes betroffen, und zuallererst die Schwächsten (Arbeiter, Arbeitslose, Bauern, Migranten, Frauen, ...) und die armen Länder der Südhalbkugel, die die Opfer der Krise und keineswegs die Verantwortlichen dafür sind.

Die Mittel, die gegen die Krise angewandt werden, beschränken sich darauf, die Verluste auf die Allgemeinheit zu übertragen, um die Wurzel der aktuellen Katastrophe - das Finanzsystem - ohne wirkliche Gegenleistung zu retten. Wo sind die Mittel für die Opfer der Krise? Die Welt braucht nicht nur Regulierungen sondern ein neues Paradigma, das der Finanzwelt eine Rolle zu Diensten eines neuen demokratischen Systems zuschreibt, das auf der Einhaltung aller Menschenrechte, der würdigen Arbeit, der Nahrungssouveränität, der kulturellen Vielfalt, der sozialen und solidarischen Wirtschaft und einer neuen Auffassung des Reichtums beruht. Aufgrund dessen fordern wir:

- eine reformierte, demokratisierte UNO im Herzen der Reform des Finanzsystems, denn die G-20 ist kein legitimes Forum, um auf die Krise angemessen zu antworten
- internationale, dauerhafte und bindende Kontrollmechanismen des Kapitalverkehrs
- ein internationales Währungssystem, das auf einem neuen Reservesystem beruht, und regionale Währungen einschließt, um der Vorherrschaft des Dollars ein Ende zu setzen und internationale finanzielle Stabilität zu garantieren
- ein weltweites öffentliches und bürgernahes Kontrollsystem für Banken- und Finanzinstitute. Bankdienstleistungen müssen als ein öffentlicher, für alle frei zugänglicher Dienst für alle Menschen dieser Erde garantiert und aus Freihandelsabkommen herausgenommen werden
- ein Verbot der Hedge-Fonds und des freihändigen Verkaufs von Derivaten und anderen giftigen Produkten außerhalb jeglicher öffentlicher Kontrolle
- das Ausrotten der Spekulation mit Rohstoffen, vor allem mit Nahrungsmitteln und Energierohstoffen durch öffentliche Mechanismen zur Preisstabilität
- die Abschaffung von Steueroasen, die Bestrafung ihrer Nutznießer (Personen, Unternehmen, Banken, Finanzmittler) und eine internationale Steuerorganisation, die die Steuerflucht und -konkurrenz unter Kontrolle bringt
- das Aufheben der illegitimen und unhaltbaren Schulden der armen Länder und ein verantwortungsvolles, gerechtes und demokratisches System zur souveränen Finanzierung für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung
- ein neues internationales System der Verteilung der Reichtümer durch eine progressivere Steuer auf nationalem Niveau und durch eine globale Besteuerung der Kapitaltransaktionen, umweltverschmutzender Produktionen und großer Vermögen, um die weltweiten öffentlichen Güter zu finanzieren.

Wir appellieren an die Vereine, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sich zu vereinen, um ein Kräfteverhältnis zugunsten der Bürger zu schaffen, das dieses neue Modell durchsetzen

kann. Wir fordern sie auf, noch mehr Aktionen auf der ganzen Welt zu organisieren, besonders bezüglich der G-20 vom 28. März 2009 an.

Dieser Aufruf ist aus einer Reihe von Seminaren beim Weltsozialforum 2009 in Belem hervorgegangen. Beteiligt waren vor allem: Action Aid, Attac, BankTrack, CADTM, CCFD, CEDLA, CNCD, CRID, Eurodad, Forum mondial des alternatives (Weltforum der Alternativen), IBON, International WG on Trade-Finance Linkages, Kairos Europa, LATINDADD, Networkers South-North, NIGD, SOMO, Tax Justice Network, Transform!, OWINFS, War on Want, World Council of Churches

Aus der laufenden Arbeit

Neue Veröffentlichung in unserer Reihe „Kurz und Knapp - Materialien für Gemeinden und Gruppen“ erschienen

Unsere jüngste Broschüre trägt den Titel „Räuberische Aneignung im Neoliberalismus. Die Eigentumsfrage kehrt zurück“, umfasst 30 Seiten und ist zum Preis von 3,50 EUR zzgl. Versandkosten beim Heidelberger Büro erhältlich. Die Bestellung ist auch über unseren Online-Shop unter www.kairoseuropa.de möglich.

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung
2. Die Herauentwicklung der herrschenden Eigentumskonzeption
 - a. Alter Orient und Antike
 - b. Die Eigentumsmarktgesellschaft der Neuzeit
 - c. Begriffsfassung und Bedeutung in unserer heutigen Rechtsordnung
3. Die Expansion privatwirtschaftlicher Aneignung und die Ausdehnung des Eigentumsbegriffs im neoliberalen Kapitalismus und deren Folgen
 - a. Privatisierung (nationaler) öffentlicher Güter und Dienstleistungen
 - b. Privatisierung globaler Gemeingüter („Global Commons“)
 - c. Die internationalen Finanzmärkte als „Brennglas“ räuberischer Aneignung im Neoliberalismus
4. Perspektiven und Anknüpfungspunkte im Engagement für eine Eigentumsordnung von unten
5. Verzeichnis der verwendeten Literatur und weiterführende Lesehinweise



Tagungshinweis

Wie im vergangenen Jahr angekündigt, werden wir 2009 mehrere Veranstaltungen zur Thematik der ökologischen Gerechtigkeit und ökologischen Schuld(en) durchführen. Den Anfang macht eine Fachkonsultation, zu der wir hiermit herzlich einladen.

Fachkonsultation zum Thema „ökologische Gerechtigkeit/ökologische Schuld(en)“

Termin: 8.-9. Juli 2009

Ort: Kolping-Hotel, Frankfurt/M.

Programm:

Mittwoch, 8. Juli 2009

- bis 13.45 Uhr: Anreise
- 13.45-14.00 Uhr: Begrüßung/Vorstellung der Agenda
- 14.00-16.00 Uhr: Einführungsvortrag zum Thema „Ökologische Gerechtigkeit als Ziel für ein zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Welche Bedeutung dafür haben die ökologischen Schulden?“
Dr. Angelika Zahrnt, Ehrenvorsitzende des BUND
- 16.00-16.30 Uhr: Kaffee-/Teepause
- 16.30-18.00 Uhr: Arbeitsgruppen zur Vertiefung der Thematik auf dem Hintergrund der „Vorgeschlagenen Erklärung“ des Ökumenischen Rates der Kirchen zu ökologischer Gerechtigkeit und ökologischen Schulden
- 18.00-19.30 Uhr: Abendessen
- 19.30-21.00 Uhr: „Runder Tisch“ mit VertreterInnen von Landeskirchen, kirchlichen Hilfswerken und ökumenischer Basis:
„Theologische und politische Implikationen des Konzeptes der ‚ökologischen Schuld(en)‘“ mit:
Barbara Rudolph (Oberkirchenrätin für Ökumene, Mission und Religionen der Evang. Kirche im Rheinland/angefragt),

Jürgen Reichel (Referatsleiter Entwicklungspolitischer Dialog beim Evangelischen Entwicklungsdienst),
Reinhard Hauff (Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung Stuttgart) und
Dr. Sabine Ferenschild (Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar)

Moderation: *Martin Gück, Kairos Europa*

Donnerstag, 9. Juli 2009

- 08.45-09.00 Uhr: Morgenandacht
- 09.00-10.15 Uhr: Arbeitsgruppen zu Bearbeitungs- und Umsetzungsmöglichkeiten des Konzeptes der ökologischen Schulden im Rahmen der ökumenischen und entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Anwaltschaftsarbeit
- 10.15-10.30 Uhr: Zusammentragen der Arbeitsgruppenergebnisse im Plenum
- 10.30-11.00 Uhr: Kaffee-/Teepause
- 11.00-12.30 Uhr: Podium mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages: „Parteipositionen zum Konzept der ökologischen Gerechtigkeit/ökologischen Schuld(en)“ mit:
Dr. Sascha Raabe, SPD (angefragt); *Ute Koczy, Bündnis 90/Die Grünen*; *Heike Hänsel, Die Linke*
Moderation: *Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Kairos Europa*
- ab 12.30 Uhr: Mittagessen und Abreise
- Tagungsgebühren: Tagungsbeitrag 10,- EUR pro TeilnehmerIn
- Verpflegung plus Unterbringung im Einzelzimmer 50,- EUR
- Verpflegung plus Unterbringung im Doppelzimmer 30,- EUR
- Verpflegung ohne Hotelunterbringung 10,- EUR

Anmeldungen bitte spätestens bis zum 8. Juni beim Heidelberger Kairos-Büro.

**IMPRESSUM**

Der Rundbrief wird herausgegeben von KAIROS Europa Deutschland e.V.,
Hegenichstraße 22, 69124 Heidelberg, Tel.: 06221 716005, Fax: 06221 716006,
info@kairoseuropa.de, www.kairoseuropa.de

Bankverbindung: KAIROS Europa Deutschland e.V., GLS Bank, Konto-Nummer: 8040242000, BLZ 430 609 67

Der Rundbrief erscheint unregelmäßig und wendet sich vor allem an die Mitglieder und FreundInnen von KAIROS Europa.

Auflage: 400 Exemplare · Redaktion: Martin Gück · Druck und Layout: Druckerei Maulbetsch GmbH, 74939 Zuzenhausen

